Herausforderung

Die Prioritäten historischer Forschung in Deutschland und die neue Lage[1]

GREGOR SCHÖLLGEN/ERLANGEN

Die ausgehenden achtziger und beginnenden neunziger Jahre unseres Jahrhunderts waren eine Zeit fundamentaler Umbrüche – in der Welt, in Europa, in Deutschland. Diese Entwicklung hat in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß heute unter deutschen Historikern eine selten gekannte und schon deshalb bemerkenswerte Einigkeit zu herrschen scheint: Die innere Entwicklung Deutschlands, so der Befund, war und ist „bisher und wohl auch in Zukunft ganz erheblich eine Funktion des internationalen Mächtesystems", auf das das vereinigte Deutschland „gesteigerten Einfluß" ausüben wird.[2]
Bemerkenswert ist diese Einigkeit in der Lageanalyse aus einem doppelten Grunde, einmal schon deshalb, weil sich die deutsche Geschichtswissenschaft, jedenfalls die bundesdeutsche, seit den sechziger Jahren eher durch sog. Kontroversen und Streite hervorgetan hatte, die zudem mit einer im internationalen Vergleich einzigartigen, erbitterten Rigidität ausgetragen wurden. Zu erinnern ist an die insbesondere in den sechziger Jahren geführte „Fischer-Kontroverse" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges, an die Debatten der siebziger Jahre über einen Primat der Innen- oder Außenpolitik und an den sogenannten Historikerstreit am Ende der achtziger Jahre, von denen nur die erstgenannte Kontroverse bleibende Ergebnisse vorweisen konnte. Dann aber ist die Einmütigkeit von heute ausgerechnet in jener Frage zu registrieren, die besonders heftig umstritten war, der Frage nach dem Stellenwert der politischen Geschichte und namentlich nach der Rolle und Bedeutung des Mächtesystems und der auswärtigen Beziehungen in der deutschen Geschichte.
Denn in den vergangenen Dezennien hat sich die deutsche Geschichtswissenschaft vornehmlich auf die Erforschung der inneren Verhältnisse, also der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklung insbesondere Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert konzentriert und das mit manchem guten Grund. Sie hat dabei methodisch neue Anregungen geben, erhebliche Lücken unseres Wissens schließen und beachtliche Erfolge vorweisen können. Die Kehrseite dieser Medaille war allerdings eine zunehmende, weitgehende Vernachlässigung der politischen Geschichte und insbesondere der Geschichte der internationalen Beziehungen.

1 *Anmerkung der Herausgeber*: Dieser Beitrag stellt die leicht veränderte Fassung eines Kapitels aus dem jüngst veröffentlichten Buch des Verfassers („Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik", Berlin/Frankfurt a. M. 1993) dar. Das Vorgehen erscheint wegen der Wichtigkeit des Themas und wegen der Information aus kompetenter Feder für philosophische Leser gerechtfertigt.

2 Jürgen Kocka, Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten können, in: M. Hettling u. a. (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 11 ff., Zitat S. 16.

I.

Fragt man heute nach den Gründen für diese Entwicklung, so kommt man zu einem erstaunlichen Befund. Die deutschen Historiker nämlich haben lediglich einen Prozeß mitvollzogen, der für die Bundesrepublik insgesamt charakteristisch war: Ausgerechnet das Land, das angesichts seiner exponierten geopolitischen Lage, seiner auf Export angewiesenen Wirtschaft oder auch seines erklärten obersten Ziels, der Wiedervereinigung, in hohem Maße auf den Zustand seiner auswärtigen Beziehungen angewiesen war, begann sich innerlich von diesen zu verabschieden, und das um so mehr, je größer seine Handlungsfreiheit wurde.
Das hatte in erheblichem Maße mit den Ausgangs- und Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik sowie mit ihren Prioritäten zu tun. Mehrere Faktoren verstellten anfänglich, und im Grunde bis heute nachwirkend, die Sicht auf die auswärtigen Beziehungen und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik. Dazu zählt nicht zuletzt der Umstand, daß in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende die Fragen der Innen- und Außenpolitik kaum sauber voneinander zu trennen waren und überdies, Folge u. a. der zunehmenden Einbindung in die Europäischen Gemeinschaften, wesentliche Bereiche klassischer Innenpolitik gleichsam zu Feldern außenpolitischer Aktivitäten wurden. Als die Bundesrepublik schließlich im Jahre 1955 ihr vorerst wichtigstes Anliegen, die Souveränität und damit die außenpolitische Handlungsfreiheit in die Tat umgesetzt hatte, wurde diese vor allem durch die Realisierung zweier Prinzipien gebunden, die im Grunde unter den gegebenen Umständen nicht erreichbar sein konnten: Wiedervereinigung und Gleichberechtigung.
Diese Zielsetzungen sowie die in mehrfacher Hinsicht bleibende Abhängigkeit von den Alliierten bzw. Verbündeten haben erheblich dazu beigetragen, daß die Bonner Außenpolitik in hohem Maße reaktiv wirkte, und es wohl auch war: Immerhin blieb die Bundesrepublik hinsichtlich ihrer äußeren Sicherheit von den Alliierten abhängig. Bis zuletzt, bis zur Hinterlegung der sowjetischen Ratifikationsurkunde des sogenann-

ten Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15. März 1991, konnte sie Außenpolitik nur unter alliierten Vorbehalten bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem treiben. Unter solchen Auspizien bestand eben kaum realistische Aussicht, die erklärtermaßen wichtigsten Ziele bundesdeutscher Politik, Wiedervereinigung und Gleichberechtigung, zu erreichen. Das wiederum hatte eine gleichfalls bis heute nachwirkende Konsequenz: Das Verhältnis der Deutschen zu den auswärtigen Beziehungen entwickelte sich umgekehrt proportional zum tatsächlich steigenden Gewicht Bonns in der Welt. Diese Einstellung durfte solange als vergleichsweise unproblematisch gelten, als die Bundesrepublik aus den sogenannten Gründen eine im sicheren Windschatten des Ost-West-Konflikts prosperierende mittlere Macht war. Mit der Vereinigung hat sich das schlagartig geändert. Erst die Umwälzungen seit 1989 haben auch für viele Historiker wieder den Blick auf die „welthistorischen Probleme freigemacht":[3] „Geschichte fing neu an ... wichtiges ist neu zu sehen".[4]

In der Rückschau dürfte es zu den interessantesten Erscheinungen in der Geschichte des westdeutschen Teilstaates gehören, daß die Historiker diese Entwicklung, den Rückzug von den auswärtigen Angelegenheiten, gleichsam mitvollzogen. Das überrascht. Denn eigentlich hätten doch gerade sie um die Vergänglichkeit politischer Konstellationen und Konjunkturen wissen müssen. Fest steht, daß den internationalen Beziehungen nach einer kurzen Debatte über den „Primat der Außenpolitik", die wohl nicht zufällig Anfang der 60er Jahre verebbte, in der deutschen Geschichtswissenschaft zunehmend weniger Rechnung getragen wurde.

Das hatte mit einer Art politisch-wissenschaftlichen Kettenreaktion zu tun, die sich erst heute angemessen erfassen und analysieren läßt. Wichtig für deren Verständnis ist die nach 1945 jahrzehntelang in Mode gewesene Eigenart der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften, amerikanische Vorbilder, insbesondere auch theoretische Ansätze und Modelle, zu übernehmen und zu kopieren. Dafür gab es eine Reihe von Gründen, zu denen nicht zuletzt die Abhängigkeit der Bundesrepublik von ihrem wichtigsten Verbündeten zählte. Hinzu kam der Umstand, daß eine numerisch und vor allem intellektuell bedeutende Gruppe deutscher Geistes- und Sozialwissenschaftler in die USA emigriert war. Die nach 1945 gleichsam reimportierten Ideen, wissenschaftliche Ansätze und Theorien waren naturgemäß durch den wissenschaftlichen, politischen und sozialen Erfahrungshorizont der zweiten bzw. neuen ersten Heimat mitgeprägt. Daß der insbesondere in den 60er Jahren rasch anschwellende

3 Ebd., S. 20.

4 Klaus Tenfelde, 1914 bis 1990: Die Einheit der Epoche, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte? (wie Anm. 2), S. 70ff., Zitat S. 70.

Strom deutscher Gastwissenschaftler in die Vereinigten Staaten diese Tendenz noch verstärkte, liegt auf der Hand.

Schließlich waren die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften, aber natürlich nicht nur sie, aufgrund ihrer verbreiteten Affinität zum Nationalsozialismus insgesamt gründlich diskreditiert. Gerade sie mußten sich mit der Wiederaufnahme bzw. Fortsetzung der eigenen Tradition in vielen Fällen schwertun. Es lag nahe, sich nach Alternativen umzusehen. Daß diese vor allem in den USA gesucht und häufig auch gefunden wurden, hatte mit den beiden bereits genannten Umständen, aber auch damit zu tun, daß die Vereinigten Staaten als Inbegriff der Modernität galten. Für diese war Deutschland jetzt nicht nur grundsätzlich bereit, hatte es doch unter dem Nationalsozialismus die längst überfällige „Revolution der Modernität" vollzogen.[5] Vielmehr gab es offenkundig eben deshalb einen erheblichen Nachholbedarf.

Im Bereich der Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen und dem Staatensystem war die fachliche Nähe der deutschen Historiker und Politikwissenschaftler zu ihren amerikanischen Kollegen von Anfang an erkennbar. Das lag aber in diesem Falle zunächst weniger an der Übernahme transatlantischer Vorbilder. Vielmehr hatte die wohl einflußreichste amerikanische Schule der 50er Jahre, die Realistische, ihrerseits manches mit klassischen europäischen Denktraditionen gemein. Indem sie die idealistisch-moralische Grundausrichtung der amerikanischen Außenpolitik einer kritischen Prüfung unterzog und Macht und nationales Interesse als die eigentlich leitenden Prinzipien und Bewegungsgesetze der internationalen Beziehungen identifizierte, bezog sie sich auch auf europäische Vorbilder. Als Hans J. Morgenthau, deutscher Immigrant und wohl bedeutendster Repräsentant der Realistischen Schule, seinen Hörern erklärte, daß Diplomatie ohne Macht wirkungslos und das nationale Interesse die eigentlich Handlungsmaxime im Umgang der Staaten miteinander sei,[6] klang das für amerikanische Ohren fremd, europäischen hingegen vertraut: Adenauer etwa hatte noch im Rückblick keinen Zweifel, daß die Außenpolitik eines Landes „in erster Linie von seinen eigenen wirklichen oder vermeintlichen Interessen geleitet wird".[7]

Der Aufstieg der Realistischen Schule in der amerikanischen Politik- und Geschichtswissenschaft hing eng mit der Verschärfung der Span-

5 Nach wie vor: Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 u. ö., hier bes. S. 446f. und 480.

6 Hans J. Morgenthaus Vorlesungen über die Außenpolitik der USA an der Universität Chicago wurden 1951 in den USA und 1952 in England veröffentlicht, dort unter dem Titel „American Foreign Policy. A Critical Examination". Das Zitat bezieht sich auf S. 242. Einen guten Einblick in das Gesamtwerk Morgenthaus gibt die Sammlung „Politics in the Twenthieth Century", 3 Bde., Chicago 1962.

7 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 245.

nungen in dieser Phase des Kalten Krieges zusammen. Sie hatten ihre prominentesten Vertreter neben Morgenthau in George F. Kennan und Henry Kissinger. Beide waren nicht nur als Historiker tätig, sondern zeitweilig auch als Diplomaten bzw. Politiker. Kissinger publizierte 1957 seine Dissertation über die Politik der europäischen Großmächte auf dem Wiener Kongreß 1814/15 und dann in rascher Folge einige Studien zur amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik. Kennan trat 1956 bzw. 1958 mit einem zweibändigen Werk über die amerikanische Politik gegenüber Sowjetrußland hervor, nachdem er sich zuvor u. a. in zwei Büchern mit Geschichte und Grundproblemen der amerikanischen Diplomatie befaßt hatte. Die Realisten, so registrierte mit Waldemar Besson ein deutscher Vertreter dieser Schule, wiesen darauf hin, daß Amerika „jetzt einfach nachhole, was andere als Chance und Gefahr der Großmachtstellung schon früher zu ertragen gehabt hatten".[8]

Die bundesdeutsche Politik-, aber auch Geschichtswissenschaft hatte mit diesem Zugriff auf die internationalen Beziehungen zunächst keine Schwierigkeiten, im Gegenteil. Einmal war die Ursache für die Konjunktur der Realistischen Schule, der Kalte Krieg, gerade in der Bundesrepublik unübersehbar. Dann aber hatte die auf das Staatensystem und die internationalen Beziehungen konzentrierte Betrachtungsweise gerade in Deutschland seit den Tagen Leopold von Rankes eine große Tradition. Die Lehre vom Primat der auswärtigen Politik war im Deutschland der 50er Jahre weder wissenschaftlich anrüchig noch politisch verdächtig. Ludwig Dehios „Gleichgewicht oder Hegemonie", Hans Herzfelds „Die moderne Welt", Gerhard Ritters „Staatskunst und Kriegshandwerk", ja selbst Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht" standen in dieser Tradition,[9] so sehr sie sich in der Interpretation zentraler Fragen, wie der nach den Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, auch unterscheiden und voneinander abgrenzen mochten.[10]

8 Waldemar Besson, Die großen Mächte, Konstanz o. J. [1966], S. 17.

9 Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld o. J. [1948]; Hans Herzfeld, Die moderne Welt 1789–1945, Bd. 2, Braunschweig ²1957; Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland, 4 Bde., München 1960–68; Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 u. ö.

10 Die ersten Angriffe Herzfelds und Ritters auf Fischer in der Historischen Zeitschrift (Bd. 191 [1960], S. 67 ff., und Bd. 194 [1962], S. 646 ff.) bezogen sich ja weder auf den Forschungsgegenstand noch auf die Methode. Erst jüngst hat Fischer deutlich gemacht, welche Bedeutung die Arbeiten Dehios als Anstoß für seine eigenen Forschungen hatten: Fritz Fischer, Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1992, S. 11 ff. Vgl. zu der Kontroverse insgesamt Gregor Schöllgen, Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse, in: Historisches Jahrbuch 106 (1986), S. 386 ff.

II.

Für den Bruch mit dieser Tradition in den 60er Jahren sind drei Gründe auszumachen, und zwar erstens der Übergang vom Kalten Krieg zu weltpolitischer Entspannung,[11] zweitens die dadurch mitbedingte verstärkte Hinwendung der amerikanischen Politikwissenschaft zur Systemtheorie in ihren verschiedenen Varianten und Versionen, die auch in der stark transatlantisch orientierten Bundesrepublik erhebliche direkte und indirekte Auswirkungen hatte, und drittens das im Bonner Staat noch weiter nachlassende Interesse an einer Beschäftigung mit der Weltpolitik.

Dort nämlich waren viele der Auffassung, wie Waldemar Besson 1966 beunruhigt diagnostizierte, nur noch Objekt der Weltpolitik zu sein und deshalb nicht mehr eigenständig über weltpolitische Probleme nachdenken zu müssen.[12] So zutreffend diese Einstellung ursprünglich, bis 1949 oder auch 1955, gewesen sein mag, so wenig wurde sie dem faktisch wachsenden Gewicht der Bundesrepublik in den 60er Jahren gerecht. Diese Abwendung von der auswärtigen Politik hatte mehrere, bereits angesprochene Ursachen. Zu verweisen ist hier vor allem noch einmal auf den äußeren Umstand, daß die Bundesrepublik hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem unter alliierten Vorbehalten stand, zugleich für ihre Sicherheit in erheblichem Maße von diesen abhängig und insofern nur bedingt handlungsfähig war. Die durch diese und andere Entwicklungen bedingte Handlungs- bzw. Bewegungsunfähigkeit deutscher Außenpolitik in der Frage der Wiedervereinigung und damit in gewisser Weise auch der Gleichberechtigung hatte die Einschätzung der Bundesbürger befördert, wonach ihr Staat eben lediglich eine im sicheren Windschatten des Ost-West-Konflikts prosperierende Wirtschaftsmacht war.

Es ist hier nicht der Ort, die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen in den USA nachzuzeichnen. Wichtig ist, daß die Reaktion auf die Realisten, daß der Aufruf zum „Aufbau relevanter Utopien",[13] zur Konstruktion von „Sinnzusammenhängen", die den Anspruch erheben durften, „nachprüfbare Wahrscheinlichkeit zu besit-

11 Andreas Hillgruber, Die Diskussion über den „Primat der Außenpolitik" und die Geschichte der internationalen Beziehungen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft seit 1945, in: ders., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945, Frankfurt a. M./Berlin 1988, S. 32 ff.

12 Besson, Die großen Mächte (wie Anm. 8), S. 18.

13 Stanley H. Hoffmann, International Relations. The Long Road to Theory, in: World Politics 11 (1958/59), S. 346 ff., Zitat S. 376.

zen"[14], auch in Deutschland vernommen und in die Tat umgesetzt wurde, und das nicht nur von Politikwissenschaftlern, sondern vor allem auch von Historikern. Beeinflußt nicht zuletzt von solchen „amerikanischen Vorbildern", angeregt durch den „beschleunigten Aufstieg der systematischen Wissenschaften von der Gesellschaft – Soziologie und Politikwissenschaft –" und begünstigt vom „reformfreundlichen, sozialkritischen Klima" in der Politik[15], begann sich Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik eine „Gesellschaftsgeschichte" zu etablieren. Ihre Vertreter, die im übrigen durchweg einige Zeit als Lernende oder Lehrende an amerikanischen Universitäten verbracht hatten, begriffen „die Geschichtswissenschaft als eine kritische Gesellschaftswissenschaft".[16]
Daß diese einen erheblichen Anteil an der skizzierten Verdrängung eines eigenständigen Nachdenkens über weltpolitische Probleme und der entsprechenden Forschung hatte, lag unter anderem an ihrem Anspruch. Denn die „Gesellschaftsgeschichte" war angetreten, ein „Modell zur Analyse *einer ganzen Gesellschaft* und ihrer kurzfristigen Veränderungen" zu entwickeln,[17] also auch den Bereich ihrer auswärtigen Beziehungen abdecken zu können. Das schloß den Anspruch ein, für die gegenwärtige „Lebenspraxis die Chancen rationaler Orientierung zu vermehren",[18] überdies die politische Geschichte ersetzen, ja selbst ohne deren Kategorien wie „Gleichgewicht", „Hegemonie" oder „Nationalstaat" auskommen zu können.[19]
Zudem wurden einige für die Darstellung internationaler Beziehungen wichtige Kategorien, wie etwa solche, die auch in der Politischen Geographie benutzt werden, von der „Gesellschaftsgeschichte" ausdrücklich tabuisiert.[20] Das war insofern nachvollziehbar und berechtigt, als ihre Vertreter damit nachdrücklich auf die Pervertierung hinweisen wollten, welche die „Geopolitik" als propagandistisches Kampfinstrument in der Zeit des „Dritten Reiches" erfahren hatte. Allerdings war und ist an dem Tatbestand, daß Deutschland „nun einmal in der Mitte Europas"

14 Ernst-Otto Czempiel, Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen, in: Politische Vierteljahrsschrift 6 (1965), S. 270ff., Zitat S. 290. Der Aufsatz enthält einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung bis zum Beginn der 60er Jahre.
15 Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung - Probleme, Göttingen 1977 u. ö., S. 68f.
16 Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973 u. ö., S. 12.
17 Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973 u. ö., S. 138.
18 Wehler, Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 12.
19 So z. B. Gordon A. Craig in seiner Kritik an der deutschen „Gesellschaftsgeschichte": The Historian and the Study of International Relations, in: American Historical Review 88 (1983), S. 1ff., Zitat S. 3.
20 Hans-Ulrich Wehler, Vom Unsinn geostrategischer Konstanten oder „Deutschland verkeilt in der Mittellage", in: Der Monat, Nr. 284 (1982), S. 64ff.

liegt, nichts zu ändern.[21] Und so hatte dann etwa auch Walter Laqueur, in London und Washington tätiger Historiker und intimer Kenner der Geschichte Europas, nie einen Zweifel: „Die Bedeutung Deutschlands ruhte vor allem auf seiner geopolitischen Lage."[22] Daß dessen Nachbarn und Verbündeten das ebenso sehen, heute mehr denn je, ist bekannt.[23]
Im übrigen hat kein anderes vergleichbares Land solche Probleme mit der Bestandsaufnahme: „Die Politik eines Staates steckt in seiner Geographie."[24] Das behauptete jedenfalls Charles de Gaulle. Wenn wohl auch nicht alle Historiker so weit gegangen wären wie der exzentrische französische Staatsmann, so wäre es doch kaum einem von ihnen, bis in die 60er Jahre auch kaum einem deutschen Historiker, in den Sinn gekommen, das enge Verhältnis von Politik und Geographie in Abrede stellen zu wollen. Die englische und amerikanische Geschichtswissenschaft benutzt die Geopolitik ganz selbstverständlich als ein Erklärungsmuster internationaler Politik unter anderen,[25] in Frankreich gibt es beispielsweise eine eigene Zeitschrift mit dem Titel „Géopolitique" sowie Professuren für dieses Fach, in China oder Rußland hat die politische Geographie eine ungebrochene Tradition.
Anders in Deutschland. Dabei hatte der Mißbrauch, der in der Zeit des „Dritten Reiches" mit der Geopolitik getrieben worden war, ja schlechterdings nichts an der Tauglichkeit ihrer Kategorien für die Analyse internationaler Beziehungen ändern können.[26] Daß in Deutschland seit den ausgehenden 60er Jahren dennoch Kategorien und Begriffe konsequent mit einem Verbot belegt wurden, die einst in der Geopolitik benutzt worden waren, mußte erhebliche Folgen für das Verständnis internationaler Politik haben und die Tendenz einer folgenreichen Unterschätzung des Stellenwerts der auswärtigen Beziehungen für die Bundesrepublik verstärken. In der Rückschau ist es eben kein Zufall, daß erstens diese Tabuisierung mit dem Aufstieg der Politischen Wissenschaft sowie der Soziologie in Deutschland zusammenfiel[27] und daß zweitens

21 Der Spiegel, Nr. 38 (1992), S. 19.
22 Walter Laqueur, Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992, München 1992, S. 558.
23 Gregor Schöllgen, Deutschlands neue Lage. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft des westlichen Bündnisses, in: Europa-Archiv 47 (1992), S. 125ff.
24 Charles de Gaulle, Vers l'armée de métier (1934), Paris 1971, S. 23. De Gaulle zitiert und bestätigt hier zugleich Napoleon.
25 So etwa das wohl am breitesten rezipierte Buch der 80er Jahre: Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, London-Sydney 1988 u. ö., z. B. S. 86ff. und 197.
26 So z. B. Etzel Pearcy, Geopolitics and Foreign Relations, in: Department of State Bulletin, Bd. 50, Nr. 1288, 2. März 1964, S. 318ff.
27 Vgl. Heinz Brill, Politische Geographie in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik 39 (1992), S. 86ff.

die „Gesellschaftsgeschichte" innerhalb der Geschichtswissenschaft gleichsam beide Entwicklungen repräsentierte bzw. widerspiegelte und weitgehend durchsetzte.

Gewiß, auf ihrem ureigenen Betätigungsfeld, also der Wirtschafts- und Sozialpolitik im weitesten Sinne, hat die „Strukturgeschichte", wie sie sich auch nennt, beachtliche, auch außerhalb der engeren Zunft registrierte Erfolge vorzuweisen.[28] Die monumentalen Unternehmungen einer deutschen „Gesellschaftsgeschichte" sowie einer „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland"[29] zeigen überdies, in welchem Maße die Forschung hier den Bereich der Detail- und Spezialuntersuchung inzwischen hinter sich gelassen hat und an den abschließenden Synthesen arbeitet.

Ob die darüber hinausgehenden, ungewöhnlich weitgesteckten Ansprüche eingelöst werden konnten, ist zweifelhaft. Die Formulierung einer eigenständigen Methodologie, die Entwicklung eines in der Forschung bewährten theoretischen Modells steht aus. Was „Gesellschaftsgeschichte" ist, bleibt in den Augen vieler Kritiker „eher verschwommen".[30] Ob man einem ihrer jüngeren Vertreter in dem Befund folgen will, daß die sozialgeschichtliche Forschung an „einem Realismus-Fetischismus ... zu ersticken" droht,[31] sei dahingestellt. Nicht eingelöst ist der implizit erhobene Anspruch, auch den Bereich der Außenpolitik bzw. der internationalen Beziehungen abzudecken, damit der als untauglich bzw. methodisch überholt eingestuften politischen Geschichte auf deren ureigenstem Forschungsfeld entgegenzutreten und der „zu einer Bewegungsphysik blutleerer Schemen" erstarrten Diplomatiegeschichte[32] eine Darstellung namentlich der deutschen Außenpolitik nach 1871 gegenüberzustellen, die den Ansprüchen der „Gesellschaftsgeschichte" genügt hätte. Vielleicht war die Zielsetzung von Anfang an zu anspruchsvoll. Keinem Vertreter einer modernen „Diplomatiegeschichte" käme der Gedanke, mit einer Darstellung der deutschen Außenpolitik, die selbstverständlich auch die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen

28 Das dokumentieren die seit 1975 erscheinende Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft" und die inzwischen etwa 100 Bände umfassenden „Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft".

29 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, bislang 2 Bde., München 1987; Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, bislang 6 Bde. aus den Federn von Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde und Heinrich August Winkler, Berlin/Bonn 1984 ff.

30 Lothar Gall, „Deutsche Gesellschaftsgeschichte", in: Historische Zeitschrift 248 (1989), S. 365 ff., Zitat S. 375.

31 Lucian Hölscher, Wie begrenzt ist die Sozialgeschichte? Diskutiert am Beispiel des Industrialisierungsdiskurses, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 2), S. 312 ff., Zitat S. 314.

32 Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969 u. ö., S. 30.

Strömungen der Zeit miteinbezieht, zugleich eine deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vorlegen zu wollen.

Fest steht, daß die Außenpolitik – aus welchen Gründen immer – selbst in Gesamtdarstellungen aus der Feder von Vertretern der „Gesellschafts-"bzw. „Strukturgeschichte" eine marginale Rolle spielt.[33] Allerdings gilt das nicht mehr nur für die „Gesellschaftsgeschichte" im engeren Sinne. In dem seit 20 Jahren erscheinenden, inzwischen in sieben Bänden vollständig vorliegenden „Historischen Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland" etwa, dem bedeutendsten zeitgenössischen Lexikon seiner Art, sind die internationalen Beziehungen praktisch ausgeblendet. Auf den etwa 7.000 Seiten der „Geschichtlichen Grundbegriffe", so der Hauptteil des Werkes, haben Stichworte wie „Außenpolitik", „Auswärtige Beziehungen", „Diplomatie", „Internationale Beziehungen" oder „Staatensystem" keinen Platz. Immerhin soll es sich bei den Stichworten des Lexikons um „Leitbegriffe der geschichtlichen Bewegung" handeln, „die, in der Folge der Zeiten, den Gegenstand der historischen Forschung ausmacht".[34] Hier wird deutlich, daß die auswärtigen Beziehungen in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren eben kaum mehr Thema der historischen Forschung und damit, sofern die historische Diskussion die öffentliche widerspiegelt, der öffentlichen Auseinandersetzung waren.

III.

Der endgültige Abschied von den auswärtigen Beziehungen wurde bezeichnenderweise mit einer Untersuchung eingeläutet, die eben diese selbst zu ihrem eigentlichen Gegenstand erhoben hatte: In Hans-Ulrich Wehlers erstmals 1969 publiziertem Buch „Bismarck und der Imperialismus", das zugleich als eine Art Grundkodex der „Gesellschaftsgeschichte" zu lesen ist, wurde der „Sozialimperialismus" des ersten Reichskanzlers als Strategie herrschender Eliten bestimmt, „die Dynamik der Wirtschaft und der sozialen und politischen Emanzipations-

33 In Wehlers „Kaiserreich" beispielsweise sind der Außenpolitik ganze 10 von 239 Textseiten gewidmet. Vgl. Wehler, Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 182–192. Es überrascht daher nicht, daß die der Außenpolitik bzw. den internationalen Beziehungen geltenden Themen auch in der Festschrift für Hans-Ulrich Wehler eine gänzlich untergeordnete Rolle spielen. Vgl.: Was ist Gesellschaftsgeschichte? (wie Anm. 2).

34 Einleitung zu: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII. Aufgenommen wurde lediglich das Stichwort „Gleichgewicht/Balance", das allerdings auf knapp 40 Seiten ausschließlich die Frühe Neuzeit abdeckt.

kämpfe in die äußere Expansion zu leiten, von den inneren Mängeln des sozialökonomischen und politischen Systems abzulenken und durch reale Erfolge seiner Expansion oder zumindest der Steigerung des nationalideologischen Prestiges zu kompensieren".[35] Ursprünglich als Erklärungsmodell für den Imperialismus der Bismarck-Zeit entwickelt, mußte diese „relativ einfache Theorie"[36] dann allerdings recht bald als Erklärungsmuster für die Verhältnisse im Zeitalter des Imperialismus schlechthin herhalten. Gleichzeitig glaubte ihr Präzeptor die „Taktik der Defensive mit aggressiven Mitteln",[37] die in seinen Augen zunächst im deutschen Imperialismus erkennbar geworden war, als das Grundmuster deutscher Außenpolitik schlechthin identifizieren zu können.

Daß der Bielefelder Historiker mit der Sozialimperialismustheorie seinerseits eine Anregung aufgriff, die aus der deutschen Politikwissenschaft gekommen war, sollte erhebliche Folgen haben: 1963 hatten nämlich, offenbar unabhängig voneinander, Ernst-Otto Czempiel[38] und Karl Dietrich Bracher[39] darauf aufmerksam gemacht, daß dem Phänomen des Sozialimperialismus grundsätzliche Bedeutung bei dem Versuch zukomme, die Antriebskräfte der auswärtigen Politik zu bestimmen. Im übrigen verwiesen beide in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Bismarckzeit.

Allerdings gingen die beiden Politologen nicht so weit anzunehmen, daß Außenpolitik primär oder gar ausschließlich das Ergebnis bzw. eine Funktion innerer Antriebskräfte sei. Eben diesen Schritt tat dann der Historiker, der in seiner Darstellung des Deutschen Kaiserreichs die „labile Mechanik der Außenpolitik, die blutleere Bewegungsphysik von Aktion und Reaktion, die diplomatische Prozedur der Konfliktbereinigung oder -verschärfung" bewußt nicht verfolgte, sondern den Blick „auf die primären, die ‚bleibenden' Verhältnisse, auf den ‚Primat der Innenpolitik'" richtete.[40] Zwar stellte er später klar, daß er nicht einen Ausschließlichkeitsanspruch habe erheben wollen, daß es ihm vielmehr um die Verteidigung einiger der „relativen Vorzüge von Konzepten wie ‚Primat der Innenpolitik' und ‚Sozialimperialismus'" zu tun gewesen

35 Wehler, Bismarck (wie Anm. 32), S. 115.
36 Ebd., S. 12.
37 Ders., Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 197.
38 Ernst-Otto Czempiel, Der Primat der auswärtigen Politik. Kritische Würdigung einer Staatsmaxime, in: Politische Vierteljahrsschrift 4 (1963), S. 266ff., hier S. 274f.
39 Karl Dietrich Bracher, Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik, in: G. A. Ritter/G. Ziebura (Hrsg.), Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, Berlin 1963, S. 115ff., hier S. 136f. Diese „gute, jedoch etwas engere Definition" übernimmt Wehler, Bismarck (wie Anm. 32), S. Anm.115/Anm. 5.
40 Wehler, Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 184f.

sei.[41] Indessen fragte sich mancher Beobachter dieser Entwicklung mit dem Journalisten Hermann Rudolph, „ob die vor allem an der Geschichte der Staaten und ihrer Beziehungen interessierte Geschichtsschreibung noch eine entscheidende Rolle spielen könne".[42]

Zieht man heute Bilanz, so wird man feststellen dürfen, daß keine zweite Initiative aus der deutschen Geschichtswissenschaft eine ähnliche Breiten- und Langzeitwirkung in der fachhistorischen wie der öffentlichen Diskussion nach 1945, ja seit 1918 erzielen konnte wie die „Gesellschaftsgeschichte". Ihr kam dabei zugute, daß sie mit ihrem Anspruch „kritisch" und „modern" zu sein den bundesdeutschen Geist seit den ausgehenden 60er Jahren traf bzw. widerspiegelte. Es war eben jene Zeit, in der auch die Politik mit dem Programm einer grundlegenden Reform namentlich im Innern, also in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Bildungspolitik antrat. Da die „Gesellschaftsgeschichte" zudem nie ein theoretisches Modell bzw. eine eigene, bindende oder verbindliche Methodologie entwickelte, grenzte sie ihrerseits auch niemanden aus, der bereit war, die „Forderung nach einem theoretischen und empirischen ‚Paradigmawechsel'"[43] zu übernehmen, sich also auf die Erforschung der inneren bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse der Staaten zu verlegen.

Die Folgen sind heute deutlich zu erkennen: Die Forderung nach einem „Paradigmawechsel" ist in der Tat „zum großen Teil eingelöst",[44] und das heißt auch: Die Mehrzahl der bundesdeutschen Neuzeithistoriker hatte sich seit den ausgehenden 60er Jahren auf die Erforschung der inneren Verhältnisse namentlich Deutschlands seit 1871 verlegt und sich dabei vor allem dem „wechselseitige[n] Verhältnis der gesellschaftlichen Klassen und Schichten in ihrer ökonomischen, sozialen, sozialpsychologischen und politischen Dimension" gewidmet.[45] In gewisser Weise holten die westdeutschen Historiker damit übrigens auch einen Schritt nach, den ihre ostdeutschen Kollegen aufgrund der staatlich verordneten ideologischen Vorgaben schon in den späten 40er Jahren hatten tun müssen. Seit den 70er Jahren waren dann für die meisten Neuzeithistoriker in beiden deutschen Staaten Außenpolitik, internationale Beziehungen, Weltpolitik schon deshalb kaum mehr Themen eigenständigen Forschens, weil sie primär oder doch in erheblichem Maße als Funktion bzw. Ausdruck der inneren Entwicklung begriffen wurden. Das galt

41 Hans-Ulrich Wehler, Kritik und Kritische Antikritik, in: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 347ff., Zitat S. 383.
42 Hermann Rudolph, Was ist Geschichte? Zum Streit über die Bedeutung von politischen und sozialen Faktoren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1978.
43 Vorwort der Hrsg. zu: Was ist Gesellschaftsgeschichte? (wie Anm. 2), S. 9.
44 Ebd.
45 Kocka, Klassengesellschaft (wie Anm. 17), S. 2.

insbesondere auch für die Erforschung der Zeit nach 1945, jedenfalls bis zu den Umbrüchen der Jahre 1989/90.
Dabei waren doch die deutschen Historiker aufgrund der spezifischen Situation ihres Landes für eine nüchterne Aufarbeitung welthistorischer Probleme geradezu prädestiniert: Eben weil die Kontinuität der eigenen Großmachtpolitik mit dem Jahre 1945 abgebrochen war und damit ein „noch so subtiles patriotisches Engagement" in diesem Sinne entfiel, hätten gerade sie eine unbefangene, distanzierte Auseinandersetzung mit den „allgemeineren Aspekten der Groß- und Weltmachtpolitik unter den Bedingungen des 19. und 20. Jahrhunderts" leisten können, ja leisten müssen, wie Andreas Hillgruber schon Anfang der 70er Jahre forderte.[46]

IV.

Indem sie das nicht taten, indem sich vielmehr die meisten deutschen Historiker seit den 60er Jahren endgültig von der politischen Geschichte als eigenständiger Disziplin und von der Weltpolitik als Forschungsgegenstand verabschiedeten, waren auch sie ganz und gar Kinder ihrer Zeit: Auch die Historiker wurden gleichsam Opfer der verstellten Sicht, auch sie trugen mit der Wahl ihrer Forschungsgegenstände dem Umstand Rechnung, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen und Abhängigkeiten sowie wegen ihrer Prioritäten, Wiedervereinigung und Gleichberechtigung, in hohem Maße reaktiv war. Es gab nur eine Ausnahme, und zwar in den frühen 70er Jahren: Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition schien einen Weg aus den eingefahrenen Bahnen deutscher Außenpolitik zu weisen, stand für aktive Gestaltung auswärtiger Beziehungen. Dabei bildete auch diese, indem sie den status quo in Deutschland und Europa anerkannte, im Kern eine längst überfällige Reaktion auf die bestimmenden Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. Die deutschen Historiker flankierten das Unternehmen mit einem Aufruf, der in dieser Form ohne Beispiel war und ist.[47] Aber das war die Ausnahme, die die Regel bestätigte, und die bestand in einem weitgehenden Rückzug von den auswärtigen Beziehungen, auch und gerade als Gegenstand historischer Forschung.
Das hatte erhebliche Folgen. Einmal wurde den deutschen Historikern der Gegenstand zusehends fremd. Das „geradezu dröhnende Schweigen" der deutschen Intellektuellen gegenüber dem Umbruch in Europa 1989/90[48] war in ihrem Falle besonders peinlich. Dann aber hatten sie die Erforschung der internationalen Beziehungen nach 1945 weitgehend der Politischen Wissenschaft überlassen.[49] Sieht man von den Arbeiten einiger Vertreter dieses Faches ab, die sich wie Waldemar Besson, Arnulf Baring oder Hans-Peter Schwarz einer genuin historischen Betrachtungsweise verpflichtet fühlten, wurden mithin fortan auch die Entwicklung des Staatensystems und die Außenpolitik der Bundesrepublik zunehmend mit den Methoden der Politischen Wissenschaft analysiert. Das aber hieß, daß wie schon auf anderen Gebieten, etwa dem der Wirtschaftsgeschichte,[50] auch bei der Erforschung der auswärtigen Beziehungen vermehrt aus den USA importierte Methoden und Modelle zur Anwendung kamen, allen voran die Systemtheorien in ihren zahllosen Ausprägungen.
Was das für die Erforschung der internationalen Beziehungen bedeutet, hat noch 1991 Ernst-Otto Czempiel mit der These dokumentiert, daß „Macht", „Gleichgewicht" und „Sicherheit" schon deshalb keine tauglichen Kategorien für die Analyse internationaler Beziehungen seien, weil diese Begriffe der Staatenwelt des 18. Jahrhunderts entstammten und sich Außenpolitik nicht mehr auf die ihnen zugrunde liegenden Phänomene konzentriere, selbst während des Ost-West-Konflikts nicht an diesen orientiert habe.[51] Das mag für die auswärtigen Beziehungen eines nicht vollständig souveränen, in mehrfacher Hinsicht von anderen abhängigen Staates wie der Bundesrepublik der Nachkriegszeit mit allerdings erheblichen Einschränkungen zutreffen. Ob sich hingegen die Außenpolitik von Ländern wie Frankreich, China, Vietnam oder Israel und das Selbstverständnis ihrer jeweiligen Akteure unter Absehung von diesen Kategorien oder auch von den geographischen Rahmenbedingungen internationaler Beziehungen angemessen erfassen, ob sich diese also wirklich auf abstrakte Symmetrien und Systeme reduzieren lassen, muß bezweifelt werden.
Man wird über die innere Plausibilität solcher Ansätze oder auch darüber streiten können, ob es denn – in unserem Falle – für die Analyse und das angemessene Verständnis der auswärtigen Beziehungen der Bundes-

46 Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht (1973), wieder veröffentlicht in: ders., Die Zerstörung Europas wie Anm. 11), S. 13ff., Zitat S. 26.
47 Veröffentlicht bei K. D. Erdmann, Die falsche Alternative, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 353ff.

48 Rüdiger Bubner, Philosophen und die deutsche Einheit, in: Philosophische Rundschau 38 (1991), S. 1., Zitat S. 1.
49 So bereits Andreas Hillgruber, Methodologie und Theorie der Geschichte der Internationalen Beziehungen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 27 (1976), S. 193ff.
50 Hans-Ulrich Wehler, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Geschichte und Ökonomie, Köln 1973, S. 11ff., hier S. 20.
51 Ernst-Otto Czempiel, Gleichgewicht oder Symmetrie?, in: Jahrbuch für Politik 1 (1991), S. 127ff., hier S. 137.

republik nach 1945 überhaupt der Theorie bedarf. Keinen Zweifel kann es hingegen daran geben, daß den meisten Zeitgenossen Begriffe wie „Sicherheit" oder „Gleichgewicht" durchaus geläufig sind, auch wenn sie je nach politischem oder auch nationalem Standort mit unterschiedlicher Nuancierung benutzt werden. Das hat vor allem damit zu tun, daß das Ende des Kalten Krieges das Gleichgewicht der Kräfte nicht zu festigen und damit die Sicherheit gerade nicht zu erhöhen, sondern vielmehr nachhaltig zu gefährden scheint. Man denke nur an die Auflösung des Ostblocks und die politische Atomisierung in diesem Raum, an den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien oder an den Auflösungsprozeß in der vormaligen Sowjetunion und seine Folgen, etwa das Problem der Proliferation von Atomwaffen. Und schließlich hat auch die Vereinigung Deutschlands, die ja alles andere als voraussehbar oder erwartet war, maßgeblich dazu beigetragen, daß etwa in Frankreich geradezu eine Renaissance des Denkens in den Kategorien des europäischen Mächtegleichgewichts zu verzeichnen ist.[52]

V.

Die deutschen Historiker werden sich dieser Entwicklung zu stellen haben. Sie stehen damit heute vor einer großen Herausforderung und Chance gleichermaßen. In der Tat kann es ja kaum einen Zweifel geben, daß sich vielen Nachbarn seit 1990 erneut eine Frage aufdrängt, die zuletzt in der Zeit des Deutschen Reiches gestellt und jüngst von einem Vertreter der „Gesellschaftsgeschichte" so formuliert worden ist: „Wie werden die Deutschen mit ihrer ... neuen Großmachtrolle zurechtkommen, wie Europa mit diesem deutschen Koloß?"[53] Die Frage ist legitim, und sie ist verständlich. Darauf angemessene und überzeugende Antworten zu geben, ist Sache der Deutschen. Hier liegt die Herausforderung – nicht nur für die deutsche Politik, sondern auch für die deutsche Geschichtswissenschaft: Wer wäre berufener, die Frage nach dem Stellenwert des neuen Deutschland in der Welt kompetent zu beantworten, als die Historiker? Wer wüßte, über die persönlich-biographische Erinnerung hinausweisend, besser um die Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhunderts als die, zu deren professionellen Aufgaben ihre Erforschung zählt?

Hier liegt die Chance der deutschen Historiker: Nachdem sich ihre Zunft seit den 60er Jahren derart tief gespalten hat, daß der Dialog in der

52 Wolfgang Asholt/Inge Kolboom, Frankreich und das vereinte Deutschland. Ein Rückblick nach vorn, in: Europa-Archiv 47 (1992), S. 179ff., Zitat S. 181.

53 Jürgen Kocka, Überraschung und Erklärung (wie Anm. 2), S. 15.

zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht mehr möglich schien, ermöglichen und erfordern die dramatischen Entwicklungen in der Welt, in Europa und nicht zuletzt in Deutschland selbst die gemeinsame Anstrengung aller. Sollte es den deutschen Historikern im Angesicht der gewaltigen Herausforderung nicht gelingen, überzeugende Antworten auf die gestellten Fragen zu geben, dürfte ihr Fach mit gutem Grund ein weiteres Stück seiner einst beachtlichen Reputation einbüßen. Gefordert ist nicht die Beseitigung oder unglaubwürdig wirkende Harmonisierung bleibender und für das Fach lebenswichtiger Kontroversen in der Sache. Gefordert ist erstens eine dieser Sache angemessene Form des Umgangs und zweitens eine verstärkte Konzentration auf die heute drängenden, wesentlichen Fragen, und das sind vornehmlich die nach der Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt.

Die Historiker sind daher vor allem aufgerufen, sich wieder verstärkt der Geschichte der auswärtigen Politik Deutschlands und der internationalen Beziehungen in diesem Jahrhundert zuzuwenden. Darin liegt eine wesentliche Voraussetzung für die adäquate Darstellung und Analyse der augenblicklich rapiden Wandlungen unterworfenen internationalen Situation. Vor dieser zweiten Aufgabe sollte gerade auch der Historiker nicht nur nicht zurückschrecken, vielmehr sollte er sich an der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe aktiv beteiligen. Vermutlich hatte Konrad Adenauer ja recht, als er seinem Memoirenwerk die Auffassung voranstellte, „die Historiker, namentlich ein Professor der neueren Geschichte, müßten wenigstens den Versuch machen, auf dem Wege von Analogieschlüssen aus dem Geschehen unserer Zeit, sogar unserer Tage, zu erkennen, wohin der Lauf der Entwicklung wahrscheinlich gehen werde, und sie müßten in ihrer Lehre hinweisen auf zu erwartende Entwicklungen und eventuell warnen".[54]

Gewiß, aus der Sicht des Fachhistorikers sind zwei Einwände gegen eine solche Sicht der Disziplin denkbar, und zwar die mangelnde Distanz zu den untersuchten Gegenständen und die Quellenlage. Das Problem mangelnder Distanz hat natürlich jeder Beobachter, insbesondere auch der politische Akteur selbst. Der Historiker hat indessen den Vorteil, die politischen Ereignisse und Entwicklungen mit anderen, ähnlich gearteten historischen Vorgängen vergleichen zu können. Sicher wiederholt sich Geschichte nie, aber der historische Rückblick zeigt doch auch, in welch erstaunlichem Maße sich historische Akteure unter vergleichbaren Umständen ähnlich verhalten haben.

Kaum einen treffenden Einwand gegen eine professionelle Beschäftigung mit aktuellen Ereignissen durch die Historiker bildet die Quellenlage. Wohl hatte Max Weber recht, als er 1906 grundsätzlich festhielt: „Die

54 Adenauer, Erinnerungen 1945–1953 (wie Anm. 7), S. 13.

Leistungen unserer deutschen Diplomatie zu beurteilen ist nur berechtigt, wer die Akten kennt."[55] Das hatte freilich bereits ihn selbst nicht davon abgehalten, die Außenpolitik des Kaiserreichs einer heftigen Kritik zu unterziehen. Vor allem aber ist die Quellenlage für die Zeit nach 1945 erstens eine andere und zweitens eine wesentlich bessere als in jenen Tagen der Geheimdiplomatie: Für die Erforschung der Bundesrepublik jedenfalls ist nicht ein Mangel, sondern eher ein Übermaß von ungedruckten wie gedruckten Quellen charakteristisch.[56]

Das gilt gerade auch für die auswärtigen Beziehungen und hat sehr viel mit der politischen Kultur zu tun, wie sie sich nach 1945 jedenfalls im Westen Deutschlands entwickelte. Nach der zutreffenden Diagnose der Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn leben wir ja in einer Art „öffentlicher Demokratie", in der sich Politik, auch Außenpolitik, vor den Objektiven der Fernsehkameras, in öffentlicher Diskussion und unter dem „Zwang zur politischen Rechtfertigung vor vielerlei Gremien und nicht zuletzt vor dem Wähler vollzieht, der überzeugt und dessen Zustimmung gewonnen werden muß".[57] Das gilt übrigens in relativ starkem Maße auch für den Bereich der Sicherheit und der militärisch-strategischen Planungen. Willy Brandt hat z. B. aufgrund seiner Erfahrungen als Außenminister und Bundeskanzler der Jahre 1966–74 darauf hingewiesen, daß derjenige, der sich für die Ergebnisse der NATO-Konferenzen interessierte, „nur die Presseberichte der einzelnen Teilnehmerstaaten nebeneinander zu legen" brauchte, „um ein zwar nicht ganz zutreffendes Bild, aber doch einen umfassenden Überblick über die jeweilige NATO-Tagung zu erlangen; für die Geheimdienste blieb insgesamt nicht viel Arbeit übrig."[58] Ähnlich hatte schon Felix von Eckardt, als Pressesprecher mit diesem Problem intim vertraut, bedauert, daß selbst die Geheimhaltungsvorschriften kaum mehr eine Garantie gaben, daß die Behandlung delikater Probleme „auch nur für eine kürzere Frist" vertraulich blieb, und dem die Erkenntnis hinzugefügt, daß es unter solchen Bedingungen immer schwieriger werde, den auf internationalen Verhandlungen lastenden Erfolgsdruck bzw. „Prestige-Ballast" abzuschütteln und überhaupt zu Resultaten zu gelangen.[59]

55 Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland, zit. nach: Max Weber Gesamtausgabe, Bd. I/10, Tübingen 1989, S. 71 ff., Zitat S. 126/Anm. 18.

56 Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München ²1990, S. 121.

57 Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986 u. ö., S. 243.

58 Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976 u. ö., S. 190.

59 Felix von Eckardt, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Sonderausgabe, Gütersloh o. J., S. 554 und 380.

Mindestens ebenso wichtig für die historische Betrachtung der auswärtigen Politik Deutschlands wie die Frage nach der Zugänglichkeit, der Art oder der Tauglichkeit der Quellen ist indessen etwas anderes, nämlich das angemessene Erfassen des tatsächlichen Gewichts der Bundesrepublik im Rahmen der internationalen Politik. Denn das war und ist erheblich, heute mehr denn je. Kurt Schumacher, wahrlich kein Anhänger deutscher Großmachtssucht, hat im Januar 1947, also noch vor der definitiven Teilung Deutschlands, aber eben auch noch vor seinem wirtschaftlichen Wiederaufstieg, diesen unabweisbaren Sachverhalt sehr treffend so charakterisiert: „Wir in Deutschland sind über die Wichtigkeit unseres Landes nicht gerade glücklich. Uns ginge es besser, wenn wir weniger wichtig wären. Aber die zahlenmäßige Größe, die sachliche Leistungsfähikeit des deutschen Volkes und seine zentrale Lage im Herzen Europas bringen uns eben in diese Situation."[60]

Daß dieser Sachverhalt in Vergessenheit geraten, daß selbst das seit dem 3. Oktober 1990 (wieder) vereinte Deutschland von seinen Bewohnern in seinem tatsächlichem Gewicht als Faktor der Weltpolitik unterschätzt werden konnte, hatte erheblich mit dem beschriebenen deutschen Rückzug von der auswärtigen Politik zu tun, der für die Haltung der bundesdeutschen Öffentlichkeit seit den 60er Jahren charakteristisch war. Den Fehler sollten wir nicht wiederholen.

In den vergangenen Dekaden war der Rückzug von der harten Realität der Weltpolitik in die Idylle intellektueller Fundamentalkritik risikolos und unproblematisch zugleich: Angesichts der geschilderten spezifischen Situation Deutschlands wäre es niemandem in den Sinn gekommen, seine Intellektuellen, gar seine Historiker beim Wort und in die politische Verantwortung zu nehmen. Gebraucht wurden sie allenfalls für die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit und hier vor allem der Geschichte des „Dritten Reiches". Ob sie dieser Verantwortung gerecht geworden sind, wird sich erst noch zeigen müssen. Der sogenannte „Historikerstreit" ließ Zweifel aufkommen.

Heute liegt die Verantwortung der deutschen Intellektuellen und zumal der deutschen Historiker in der realistischen Bestandsaufnahme der neuen Lage, und das in dreifacher Hinsicht: Einmal ist diese nüchtern zu registrieren, zu definieren und vor allem zu benennen.[61] Das wiederum ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß die internationalen Beziehungen wieder zu einem herausragenden Gegenstand historischer Be-

60 Rede vom 11. Februar 1947 in München, in: Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Hrsg. von Willy Albrecht, Bonn 1985, S. 475 ff., Zitat S. 476.

61 Vgl. Gregor Schöllgen, Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992, sowie die in Anm. 1 genannte Studie.

schäftigung werden. Damit muß schließlich ein emotionsloser, der Sache angemessener Umgang mit dem Machtbegriff verbunden sein. Die Deutschen haben es verlernt, ja verlernen müssen, in den Kategorien der Macht zu denken. Das vor allem wird sich unter dem Druck der neuen Lage dramatisch ändern, denn die Vergangenheit hat Deutschland eingeholt.

Gewiß, die Bundesrepublik ist europäisch bzw. atlantisch in erheblichem Maße vernetzt und daher im traditionell nationalstaatlichen Sinne nur bedingt souverän. Das ist im übrigen eine Beschränkung, die sie, wenn auch in gradueller Abstufung, mit anderen europäischen, ja in gewisser Weise mit allen Industriestaaten gemein hat. Wenn man aber mit Max Webers klassischer Definition Macht als „jede Chance" begreift, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht",[62] dann befindet sich Deutschland nach den dramatischen Umbrüchen der Jahre 1989/90 und angesichts seiner nicht nur geographisch zentralen Lage heute in einer potentiellen Machtposition. Eben das haben die Kontroversen um das Maastrichter Vertragswerk und die in ihm offenkundig gewordene Skepsis über die Zukunft eines voll integrierten Europa sehr deutlich werden lassen. Diese neue Machtposition zu erkennen und richtig einzuschätzen bildet zugleich eine wichtige Voraussetzung, um dem unangemessenen Umgang mit ihr oder gar ihrem Mißbrauch vorzubeugen. Deutschland hat sich seiner neuen Rolle als europäische Großmacht und seiner daraus abgeleiteten internationalen Verantwortung im Bewußtsein um die Konsequenzen zu stellen, ohne dabei die Ungeschicklichkeiten, Fehler und Verbrechen der ersten Jahrhunderthälfte mit ihren bis heute spürbaren Folgen zu verdrängen, zu vergessen oder gar zu wiederholen. Hier liegt die wohl größte, dringend zu meisternde Herausforderung für die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

---

62 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. von J. Winckelmann, Tübingen [5]1972, S. 28.